

Forderungspapier des Fachausschuss Vieh und Fleisch des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg e. V. (LBV BW) und des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes e. V. (BLHV) zur aktuell schwierigen Situation auf dem Schweinemarkt

Die aktuelle Situation am Schweinemarkt in Baden-Württemberg ist dramatisch und spitzt sich weiter zu. Die Schweinepreise befinden sich erneut auf einem desaströsen Tiefpunkt, wie auch schon im Zeitraum von Ende 2020 bis Anfang 2022, viele Betriebe wirtschaften seit Monaten deutlich unterhalb der Kostendeckung. Selbst in eigentlich nachfragestarken Phasen kommt es zu ungewöhnlichen Preiseinbrüchen. Schlachtschweinepreise von 1,40 €/kg Schlachtgewicht und Ferkelpreise von 33 €/Tier führen zu einem erheblichen betriebswirtschaftlichen Defizit. Für Schlachtschweine sollte der Preis bei mindestens 2,00 €/kg SG liegen, bei Ferkeln sind mindestens 70 € je Tier notwendig. Aktuell verschärfen sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter durch:

- anhaltend niedrige Erzeugerpreise bei gleichzeitig hohen Produktionskosten,
- unzureichende Marktanreize für höherwertige Tierhaltungsformen,
- steigende gesellschaftliche Anforderungen an Tierwohl und Umweltstandards,
- fehlende Planungssicherheit für Investitionen in tiergerechte Haltungssysteme.

Diese Entwicklung führt zu einem massiven Liquiditätsdruck in den Betrieben und gefährdet deren Existenz. Die Folge: Ein beschleunigter Strukturbruch, der die regionale Versorgung, den ländlichen Raum und die heimische Tierhaltung insgesamt gefährdet. Schweinehalter sind das grundlegende Glied einer gesamten Wertschöpfungskette. Geht die regionale Schweinehaltung verloren, fehlt der heimischen Veredlungswirtschaft die Rohstoffgrundlage.

Die aktuelle Krise am Schweinemarkt ist akut und existenzbedrohend.

Aufgrund der aktuell existenzbedrohenden Krise fordern der LBV BW und der BLHV daher:

1. **Sofortige Liquiditätshilfen für Schweinehalter**
2. **Umsetzung der zugesagten Unterstützung des LEH und der Politik zur Stärkung der heimischen Tierhaltung aus dem Strategiedialog**
3. **Mehr Planungssicherheit und Wertschöpfung für die Schweinehalter bei der Vermarktung ihrer Tiere**
4. **Einem dem Bedarf in Süddeutschland entsprechenden Auszahlungspreis**

Wir beobachten, dass in der Vergangenheit schwierige Marktlagen in anderen Regionen Deutschlands die Erzeugerpreise in Süddeutschland belasten. Die regionalen Vermarktungsorganisationen sind daher aufgefordert, die tatsächlichen Marktchancen für mehr Wertschöpfung in den heimischen Veredlungsbetrieben besser zu nutzen.

Forderungen an den Lebensmitteleinzelhandel

Unter Bezug auf die Zielsetzungen des Strategiedialogs Landwirtschaft fordern der LBV BW und der BLHV die vom LEH zugesagte Marktverantwortung durch folgende Maßnahmen:

- **Verlässlichkeit:** Programme nicht aufkündigen oder einseitig verändern. Keine kurzfristigen Sortimentsumstellungen zulasten der Erzeuger.
- **Solide und kontinuierliche Finanzierung höherer Tierwohlstandards:** Langfristige Lieferverträge mit Preisauflagen, die die Mehrkosten höherer Haltungsformen abdecken.
- **Vollständige Weitergabe von Tierwohlaufschlägen an Erzeuger.**
- **Verstärkte und verbindliche Listung von Produkten aus Baden-Württemberg.**

- Sicherstellung der nachhaltigen Vermarktung von Schweinefleisch der Regionalprogramme und höherer Haltungsstufen.
- Vermarktungsoffensive zur Verbesserung der Erlössituation in den schweinehaltenden Betrieben

Forderungen an die Politik

- Liquidität der Betriebe unterstützen:
 - Möglichkeit der Vorauszahlungen auf Direktzahlungen nutzen.
 - Zinslose Stundung von anfallenden Steuerzahlungen und Anpassung der Steuervorauszahlungen ermöglichen sowie von der Vollstreckung anstehender Steuerzahlungen bis auf Weiteres absehen.
 - Sofortige Auszahlung von anstehenden Steuerrückzahlungen.
 - Nationale Aufstockung der EU-Krisenbeihilfen infolge der Nahost-Krise um weitere 120 Mio. € (Kofinanzierung) auf insgesamt 180 Mio. €.
 - Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage.
- Sonderförderprogramm für die Ferkelerzeugung ([Link](#)).
- Ein Moratorium für neue Auflagen in der Tierhaltung.
- Kein Goldplating bei rechtlichen Vorgaben, 1:1-Umsetzung von EU-Recht.
- Einführung einer verpflichtenden Herkunftskennzeichnung für Schweinefleisch, auch in der Gastronomie und Außer-Haus-Verzehr.
- Aufnahme der Ernährungssouveränität in die Landesverfassung.

Die Ministerien und die Verwaltung im Land Baden-Württemberg müssen zur Verbesserung der Situation der heimischen Schweinehalter durch folgende Maßnahmen beitragen:

- Weiterentwicklung einer praxisgerechten und investitionswirksamen Förderpolitik.
- Schaffung langfristig stabiler Rahmenbedingungen für Investitionen in die Schweinehaltung.
- Stärkung regionaler Wertschöpfung: Förderung regionaler Vermarktungsstrukturen und Schlachtkapazitäten sowie Ausbau des Regionalmarketings.
- Teilnahme für Erzeuger am Qualitätszeichen Baden-Württemberg attraktiver gestalten.
- Beschleunigung und Vereinfachung von Bau- und Genehmigungsverfahren.
- Wirksamer und spürbarer Bürokratieabbau.

Der Handel muss seiner Verantwortung gerecht werden und schnell höhere Erzeugerpreise sowie verlässliche Marktbedingungen ermöglichen. Das Land muss seinen politischen Zusagen verbindlich nachkommen, die Liquidität der schweinehaltenden Betriebe unterstützen und Investitionen wieder ermöglichen.

Nur wenn alle Akteure ihrer Verantwortung nachkommen und die Tierhaltung nachhaltig stärken, kann die Schweinehaltung in Baden-Württemberg erhalten und weiterentwickelt werden.

Der Fachausschuss Vieh und Fleisch des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg e. V. und der Badische Landwirtschaftliche Hauptverband e.V. fordern daher ein entschlossenes und abgestimmtes Handeln – im Interesse der landwirtschaftlichen Betriebe, des ländlichen Raums sowie der Versorgungssicherheit!